

Schweiz

Das Risiko eines Pestizids misst sich nicht nur an dessen Menge

Umwelt Zwei Agrarinitiativen wollen Chemikalien drastisch verringern. Nun zeigen Zahlen des Bundes: Der Pestizidverkauf ist heute schon rückläufig. Laut Fachleuten sagt die Statistik nur die halbe Wahrheit.



Ein Helikopter besprüht bei Siders im Wallis die Reben: Wie gross das Risiko dabei ist, hängt von vielen Kriterien ab. Foto: Alessandro della Valle (Keystone)

Stefan Häne

Es sind Worte des Bedauerns. Leider, so schreibt der Schweizer Bauernverband auf seiner Website, habe die Presse diese «erfreuliche Entwicklung nur sehr spärlich» aufgenommen. «Gute Nachrichten scheinen weniger wert als schlechte.»

Die «gute Nachricht» – sie stammt aus dem Bundesamt für Landwirtschaft (BLW) und berührt einen politisch sensiblen Bereich: den Einsatz von Pestiziden. Neue Zahlen zeigen, dass zwischen 2008 und 2017 die Verkaufszahlen in der Schweiz von 2237 Tonnen auf 2030 gesunken sind, was einer Abnahme um 9 Prozent entspricht. Gar 27 Prozent beträgt das Minus bei jenen Pflanzenschutzmitteln, die ausschliesslich in der konventionellen Landwirtschaft eingesetzt werden dürfen.

Einen besonders deutlichen Rückgang verzeichnen die Herbizide und speziell Glyphosat, dessen Verkäufe um fast 50 Prozent geschrumpft sind. Demgegenüber erhöhte sich der Absatz von Wirkstoffen, die in der biologischen Landwirtschaft eingesetzt werden können, von 600 Tonnen im Jahr 2008 auf deren 840 im Jahr 2017. Das ist ein Plus von 40 Prozent.

Das BLW hat diese Zahlen am 4. Februar publiziert – kurz bevor die ständerätliche Umweltkommission über die Trinkwasserinitiative beriet, also jenes Volksbegehren, das zum Schutz des Trinkwassers nur noch jenen Bauern Subventionen gewähren

will, die vollständig auf den Einsatz von Pestiziden verzichten.

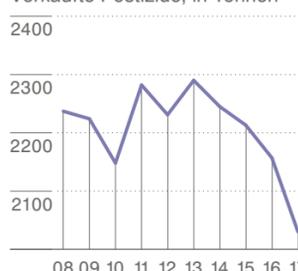
Die Kommission stand somit unter dem Eindruck dieser «guten Nachricht», als sie entschied, der Initiative keinen Gegenvorschlag gegenüberzustellen. Das Volksbegehren kommt wohl 2020 zur Abstimmung. Ebenso ein zweites Agraranliegen, das der Bauernverband auch bekämpft: die Volksinitiative für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide, die auf ein Verbot von synthetischen Pestiziden abzielt. Am Montag starten die Initianten in Bern ihre Kampagne.

Risiko auch einbeziehen

Die «guten Nachrichten» aus dem Departement von Agrarminister Guy Parmelin (SVP) sind vor diesem Hintergrund politisch höchst bedeutsam. Indes: Die Statistik des BLW zeigt nur einen Ausschnitt der Wahrheit. Die Tonnagen an verkauften Pflanzenschutzmitteln sagen nicht alles darüber aus, wie problema-

Rückläufiger Pestizidverkauf

Verkaufte Pestizide, in Tonnen



Grafik: niz/Quelle: BLW

tisch diese Mengen für Mensch und Umwelt sind. «Eine rein mengenbasierte Betrachtung verkennet die Risiken», sagt Robert Finger, Agrarökonom an der ETH Zürich. Für eine sinnvolle Pflanzenschutzmittelpolitik brauche es einen fundierten Risikoindikator, doch fehle dieser noch in der Schweiz.

Was Finger meint, illustriert folgendes Beispiel: Um ein Feld, das eine Hektare gross ist, gegen Insekten zu behandeln, reichen wenige Gramm Neonicotinoide; das ist ein für die Umwelt besonders schädliches Mittel. Um die gleiche Wirkung mit dem unbedenklichen Steinmehl zu erzielen, braucht es pro Hektare dagegen mehrere Hundert Kilogramm. Wenn also anstelle von Neonicotinoiden vermehrt Steinmehl verwendet wird, steigt in der Statistik die Verkaufsmenge an Pflanzenschutzmitteln markant, obwohl der Wechsel zu Steinmehl eine wesentliche Entlastung für Mensch und Umwelt bedeutet. Das sagt Andreas Bossard, Leiter der Denkfabrik Vision Landwirtschaft. «Die Statistik des BLW ist daher schwierig zu interpretieren und kann irreführend sein.»

Sehr giftiger Stoff auf Platz 7

Finger zeigt in einer neuen Studie: Eine rein mengenbasierte Betrachtung kann besonders risikoreiche Pflanzenschutzmittelanwendungen nicht als solche identifizieren. Zwar birgt laut Finger im Mittel eine grössere Menge Pflanzenschutzmittel im Mittel auch grössere Risiken

für die menschliche Gesundheit und die Umwelt, extrem hohe Risiken würden aber überhaupt nicht identifiziert.

«Eine reine Mengenreduktion sollte daher nicht das Ziel der Politik sein», sagt Finger. Um wirksame Massnahmen ergreifen zu können, brauche es vielmehr eine kombinierte Betrachtung der Menge und des Risikos einzelner Stoffe. Das gilt zum Beispiel für Chlorothalonil – ein Fungizid für Getreide und Gemüse, das in der 2017er-Liste der meistverkauften Pestizide auf Platz 7 figuriert: Es ist sehr toxisch, gerade für Wasserorganismen, und kann vermutlich Krebs erzeugen.

Auch Christian Stamm vom Wasserforschungsinstitut Eawag mahnt zur «Vorsicht bei der kausalen Interpretation» der BLW-Statistik. Je nach Witterung könne der Schädlings-, Unkraut- oder Krankheitsdruck von Jahr zu Jahr stark schwanken. 2017 etwa sei in vielen Regionen der Schweiz trocken bis sehr trocken gewesen. «Das könnte sich darauf ausgewirkt haben, dass der Bedarf an chemischen Pflanzenschutzmitteln geringer war als in anderen Jahren.» Gesicherte Daten dazu fehlen indes.

Andere Länder sind weiter als die Schweiz. Dänemark etwa hat den Risikoindikator «Pesticide Load» entwickelt und kann so detailliert die Risiken für Mensch und Umwelt in einer Masszahl ausdrücken. Alle Landwirte in Dänemark müssen ihren Pflanzenschutzmitteleinsatz rapportieren. Der Index wird so jedes

Jahr neu berechnet. Vision Landwirtschaft verlangt, dass die Schweiz nachzieht.

Bund will reagieren

Das Bundesamt für Landwirtschaft hält der Kritik entgegen, dass die Verkaufsstatisik zumindest eine positive Tendenz auch für das Risiko zeige: weniger Anwendung von Stoffen, die gemäss Vision Landwirtschaft problematisch sind, sowie mehr Anwendung von Stoffen, die weniger problematisch sind. «Um diese Tendenz zu bestätigen, braucht es aber sicher zusätzliche Instrumente», räumt das BLW ein. Das Amt will nun einen Indikator erarbeiten, der die Entwicklung des Risikopotenzials für Wasserorganismen beurteilen soll – eine Arbeit, die Teil des Nationalen Aktionsplans Pflanzenschutzmittel, mit dem der Bundesrat den Pestizideinsatz eindämmen möchte.

Ein erster Schritt in die richtige Richtung sei dies, sagt Robert Finger von der ETH. Pflanzenschutzmittel hätten indes auch auf Lebewesen, die an Land leben, Auswirkungen. «Gerade im Lichte aktueller Diskussionen zu Insektensterben und Pestiziden greift es daher zu kurz, nur auf aquatische Lebewesen zu fokussieren.» Zudem müsse eine solche Risikobewertung auch die menschliche Gesundheit berücksichtigen.

Auf den Bund wartet also viel Arbeit – zu viel wohl. Bis alle Daten vorliegen, dürfte die Abstimmung über die beiden Agrarinitiativen längst passé sein.

Zum zweiten Mal abgeblitzt

Steuern SP-Nationalrätin Margret Kiener Nellen verklagte vergeblich politische Gegner.

Es geschah vor vier Jahren in der heissen Phase des Wahlkampfes: Auf den Titelseiten der «Berner Zeitung», des «Bund», des «Thuner Tagblattes» und des «Berner Oberländers» klebt ein roter Flyer, der wie Wahlwerbung für die SP aussieht. «Für wenige statt für alle», steht drauf und «wählt Kiener Nellen, steuerbares Vermögen CHF 12,3 Mio., steuerbares Einkommen CHF 0.» Als Absender steht die Website der Interessengemeinschaft Arbeit im Berggebiet.

Ende 2015 reichte die Berner SP-Nationalrätin Margret Kiener Nellen eine Strafanzeige wegen übler Nachrede ein. Nun wurde der Verantwortliche der IG Arbeit im Berggebiet zum zweiten Mal freigesprochen. Kiener Nellen bezeichnet das Urteil als «politisch». Sie wird es ans Bundesgericht weiterziehen, wie sie auf Anfrage sagt.

Hintergrund des Klebers ist eine Enthüllung der «Weltwoche» im Jahr zuvor. Diese hatte aufgedeckt, dass Kiener Nellen 2011 über ein Millionenvermögen verfügte, aber kein steuerbares Einkommen auswies. Brisant war das, weil sie sich als Politikerin gegen legale Steueroptimierung einsetzte und sogar den Rücktritt von Bundesrat Johann Schneider-Ammann (FDP) gefordert hatte, weil dessen Firma Geld im Ausland anlegte.

Ihre Glaubwürdigkeit litt

Kiener Nellen Gatte hatte sich im gleichen Jahr mit 400 000 Franken in die Pensionskasse eingekauft und so das steuerbare Einkommen auf null Franken gesenkt. Kiener Nellen legte an einer Pressekonferenz ihre Finanzverhältnisse offen und gestand die Optimierung ein.

Die Interessengemeinschaft Arbeit im Berggebiet wurde gegen eine Initiative der Berner SP ins Leben gerufen, welche die Pauschalbesteuerung abschaffen wollte. Kiener Nellen hatte sich für die Initiative engagiert. Im November 2014 wurde die Initiative abgelehnt. Die Gegner hatten betont, die Pauschalbesteuerung sichere im Berner Oberland Arbeitsplätze.

Ende 2014 litt Kiener Nellen Glaubwürdigkeit als Steuerpolitikerin. Die SP hoffte auf ihren Verzicht auf eine Kandidatur für den Nationalrat. Für die Politikerin aus Bolligen war es nicht der erste Rückschlag: 2006 musste sie als Präsidentin des bernischen Mieterverbandes zurücktreten, weil sie als Vermieterin gegen das Mietrecht verstossen hatte. Und 2008 wurde sie als Gemeindepräsidentin von Bolligen abgewählt. Nur dank der Unterstützung der Jungsozialisten schaffte sie es 2015 auf die Nationalratsliste und wurde wieder gewählt.

Dominik Feusi



Margret Kiener Nellen hatte 2011 Steuern optimiert. Foto: Keystone